

Nachrichten

Polizei vereitelt Enkeltrick-Betrug

Aesch. Nachdem die Polizei am Montag eine neue Welle von Enkeltrick-Betrugsfällen gemeldet hatte, gelang ihr gestern ein erster Schlag gegen die Betrüger: Sie konnte einen 40-jährigen Polen festnehmen. Der Mann hatte bei einem 78-Jährigen, den sich die Täter als Opfer ausgespäht hatten, 35 000 Franken in bar abholen sollen. Dieser hatte jedoch Kontakt mit der Polizei, sodass der Betrüger ins Netz ging. Der Mann befindet sich derzeit in Haft, weitere Abklärungen sind im Gang. Die Polizei mahnt weiterhin zu erhöhter Vorsicht. Der Betrüger agierte zuerst immer am Telefon und kontaktierte meist Leute im Rentenalter. Zuletzt hatten Betrüger einem 62-Jährigen in Birsfelden 60 000 Franken abgenommen, eine 65-jährige Frau in Füllinsdorf wurde gar um 85 000 Franken betrogen.

Der Ortsbus wird stärker genutzt

Oberwil/Bottmingen. Der Ortsbus findet weiter Anklang in der Oberwiler Bevölkerung, wie die Gemeinde mitteilt. Zwischen Dezember 2010 und Dezember 2011 haben drei Prozent mehr Fahrgäste die Linie 59 benutzt als ein Jahr zuvor im gleichen Zeitraum. Insgesamt zählte die BLT knapp 160 000 Fahrgäste. Die Gemeinde Oberwil will nun mittelfristig prüfen, ob der Ortsbus auch die bisher eher schlecht erschlossenen Quartiere am Vorderberg abdecken soll.

Itinger bewilligen Badi-Sanierung

Itingen. Der erstaunliche Aufmarsch an der Gemeindeversammlung vom Montag zeugt von der Beliebtheit, die das Schwimmbad in Itingen geniesst. Dessen technische Anlagen stammen aus dem Jahr 1979 und haben ihre Lebensdauer erreicht. Der für die Sanierung beantragte Kredit über 151 000 Franken stand nicht infrage. Die Diskussion drehte sich um Details, die Gemeinderat und Fachleute in eigener Kompetenz zu regeln verstehen. Ob Empfehlung oder Gesetz: Der Gemeinderat will Unfällen vorbeugen. Dieses Argument überzeugte. Das Stimmvolk genehmigte die Sanierung des Schwimmbades einstimmig. uf Mehr dazu in der «Volksstimme».

Bio-Abfuhr sammelt fast tausend Tonnen

Allschwil. Im zweiten Jahr seit der Einführung der Bioabfuhr konnte die Menge der separat abgeführten organischen Abfälle von 700 auf 928 Tonnen gesteigert und der Vergärungsanlage in Pratteln zugeführt werden. Daraus wurden rund 93 000 Kubikmeter Biogas hergestellt, wie die Gemeinde mitteilt. Dies entspricht einer Menge von 56 000 Litern Heizöl, was dem Inhalt von drei bis vier Tanklastwagen gleichkommt. Unter Berücksichtigung des Energieaufwandes für das Abführen der Bioabfälle und die Verarbeitung in der Vergärungsanlage ergibt sich ein Energiegewinn von 343 000 Kilowattstunden. Dies reicht aus, um den Warmwasserbedarf von 215 Wohnungen ein ganzes Jahr zu decken. Würde das Biogas in elektrische Energie umgewandelt, könnte damit rund die Hälfte des Strombedarfs für die öffentliche Beleuchtung gedeckt werden.

8,5 Millionen Franken für den Bushof Laufen

Liestal. Einstimmig beantragt die vorberatende Bau- und Planungskommission (BPK) dem Landrat, für die Umgestaltung des Bushofs in Laufen einen Kredit von knapp 8,5 Millionen Franken zu bewilligen. Zudem sollen Anpassungen an der Bahnhofstrasse vorgenommen werden. An den Kosten wird sich der Bund mit bis zu 2,8 Millionen Franken beteiligen. Gleichzeitig wird ein Projektionskredit beantragt für das Vorprojekt einer neuen Personenunterführung sowie für eine bessere Zugänglichkeit der Perrons.

Kanton legt Senioren aufs Kreuz

Die Baselbieter Regierung weist Beschwerde zur Pflegefinanzierung ab



Im Stich gelassen. Die Pflegeheimbewohner sind für langwierige Prozesse oft zu schwach – und ihren Angehörigen fehlt die nötige Energie. Foto Colourbox

Von Alessandra Paone

Liestal. Immer wieder wurden die Bewohner der Baselbieter Alters- und Pflegeheime vertröstet. Ein Jahr nachdem einige von ihnen gegen zu hohe Heimrechnungen Beschwerde geführt haben, erhalten sie nun Bescheid. Doch gelohnt hat sich das lange Warten nicht. Im Gegenteil: Der Baselbieter Regierungsrat weist eine der hängigen Beschwerden ab und legt damit den Grundstein für das Vorgehen bei den übrigen Einsprachen. Dem Beschwerdeführer werden zudem Verfahrenskosten von 400 Franken auferlegt.

Seit der Einführung der neuen Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 gingen bei der Regierung rund 20 Beschwerden von Heimbewohnern mit zu hohen Rechnungen ein. Grund für die Preisexplosion in den Heimen war der zu tief angesetzte Pflegekostenanteil. Nachdem auch der eidgenössische Preisüberwacher Stefan Meierhans den Mahnfinger gegen den Kanton Baselstadt erhoben hatte, wurden die Normkosten für Pflegeleistungen schliesslich per 1. Januar dieses Jahres zugunsten der Heimbewohner angepasst (die BaZ berichtete).

Der Regierungsrat habe die Beschwerde abgewiesen, weil die Normkosten für Pflegeleistungen für das Jahr 2011 seines Erachtens rechtmässig waren, begründet Urs Knecht vom Rechtsdienst der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) den Entscheid der Regierung. «Die Tatsache, dass die Normkosten auf das Jahr 2012 hin erhöht worden sind, bedeutet nicht, dass die im Jahr 2011 geltenden Ansätze bundesrechtswidrig waren.»

Normkosten immer noch zu tief

Die VGD habe sich für die Berechnung der Normkosten auf eine Analyse des Kantons Aargau gestützt, ergänzt Hans Jakob Speich, Leiter des Regierungsrätlichen Rechtsdienstes. «Weil zu diesem Zeitpunkt keine anderen aussagekräftigen Zahlen vorlagen, konnte die VGD nicht beurteilen, ob die Ergebnisse der Aargauer Analyse richtig und auf den Kanton Baselland übertragbar waren.» Deshalb sei nachträglich auch noch eine Studie im Kanton durchgeführt worden. Zur Ermahnung des eidgenössischen Preisüberwachers sagt Speich: «Dem Rechtsdienst des Regierungsrates liegt keine offizielle Stellungnahme des Bundes vor.»

Das will Meierhans aber so nicht stehen lassen: Bereits im Frühjahr 2010 habe man dem Landrat eine Empfehlung zukommen lassen und darauf hingewiesen, dass die in Baselland angewandte Methode nicht geeignet sei, um Normkosten in angemessener Höhe zu bestimmen. Und 2011 sei dem Kanton Baselland erneut eine Empfehlung zu den Tarifen 2012 abgegeben worden, betont Meierhans. Nach der Korrektur fielen die Tarife im laufenden Jahr zwar etwas höher aus, sprich die Gemeinden beteiligten sich stärker als Restfinanzierer an den Pflegekosten. Aber: «Die Normkosten sind aus unserer Sicht auch im 2012 noch zu tief angesetzt.»

Dass die Regierung die Beschwerde zurückweist, überrascht Meierhans denn auch nicht. «Ich habe erwartet, dass der Regierungsrat seiner bisherigen Linie treu bleibt.» Wenig überrascht, aber dennoch enttäuscht reagiert Hanspeter Tschopp. «Die Bewohner können nichts dafür, dass die VGD das ganze Geschäft verschlampt hat. Man hätte nur den Stundenansatz korrekt berechnen müssen», sagt der Geschäftsführer des Zentrums für Pflege und Betreuung Mühlmatte in Sissach. Tschopp's Heim wurde mit mehreren Beschwerden kon-

frontiert. In der Stellungnahme zu einer dieser Einsprachen macht er kein Geheimnis daraus, bei der Pflegekostenberechnung gegen Bundesrecht verstossen zu haben, um seinen Betrieb weiterhin finanzieren zu können. «Die zu tief angesetzten Normkosten für Pflegeleistungen haben mich dazu gezwungen», sagt er. Gesundheitsdirektor Peter Zwick wollte persönlich zum Entscheid nicht Stellung nehmen.

Die übrigen hängigen Beschwerden werden nun einzeln behandelt. Dennoch geht Speich davon aus, dass die Regierung diese ebenfalls abweist. «Da die Sachlage überall ähnlich ist, kann der Regierungsrat nicht diametral anders entscheiden.»

Den betroffenen Heimbewohnern bleibt kaum Hoffnung, dass sie zu ihrem Geld kommen. Nach heutigem Stand der Dinge erfolge keine Rückerstattung, sagt Knecht. Die Beschwerdeführer hätten jedoch die Möglichkeit, den Entscheid des Regierungsrates ans Kantonsgericht weiterzuziehen. Einige Heimbewohner werden dies tun, wie Tschopp bestätigt. Andere wiederum seien bereits verstorben und den Angehörigen fehle die Energie für langwierige Prozesse.

Furcht vor hohen Steuern und leeren Klassenzimmern

SVP verlangt eine koordinierte Schulraumplanung

Von Boris Gygax



Liestal. Die Schulraumplanung ist in den meisten Gemeinden im Baselbiet in vollem Gange. Sie müssen ihren Schulraum an die neuen Zuständigkeiten anpassen. Konkret geht es darum, die Schulstandorte für die Umstellung von fünf auf sechs Primar- und von vier auf drei Sekundarschuljahre einzurichten. Viele Gemeinden haben dazu bereits Investitionen für Schulhausrenovierungen und -erweiterungen sowie Neubauten in ihren Finanzplan aufgenommen. Ab 2015 wird die neue Struktur umgesetzt. Die Baselbieter SVP befürchtet nun, dass neuer Schulraum geschaffen werde, während alte Schulhäuser leer bleiben. Darum wird sie morgen Donnerstag eine Interpellation einreichen. Sie möchte vom Regierungsrat Auskunft über den genauen Bedarf an zusätzlichem Schulraum sowie die Totalkosten für Gemeinden und Kanton.

«Zudem ist uns noch unklar, ob oder wie diese Investitionen unter den Gemeinden koordiniert werden», sagt SVP-Landrat Hanspeter Weibel. Die Harmos-Empfehlungen für den Schulraumbedarf seien «sehr grosszügig»,

bereits heute stünden Schulräume leer, so Weibel. Dies lasse den Verdacht aufkommen, dass Schulraum auf Vorrat und nicht gemäss dem tatsächlichen Bedarf gebaut würde. «Die Investitionen könnten die Steuern in den Gemeinden um drei bis fünf Prozent erhöhen», sagt Weibel. Mit der Interpellation möchte die SVP-Fraktion «insbesondere die Gemeinden für die bestehende Problematik im gesamten Kanton sensibilisieren und zur Zusammenarbeit und Koordination anregen».

Platzbedarf ist bekannt

«Ich sehe weder einen Koordinationsbedarf unter den Gemeinden noch teile ich die Befürchtung, dass zu viel Schulraum geschaffen wird», entgegnet Ueli Kräuchi, Geschäftsführer des Baselbieter Gemeindeverbandes (VBLG). Da auf der Sekundarschulebene eine Klasse wegfallen könne, könne man sich höchstens auf dieser Stufe über leer stehenden Schulraum Gedanken machen. Sie gehört auch zum Verantwortungsbereich des Kantons.

Dieser habe aber die Standorte genau geprüft, abgeklärt, wie viel Schulraum er für die Sekundarstufe benötige,

und die dafür entsprechenden Bauten von den Gemeinden übernommen. «Da vertraue ich den Verantwortlichen der Baudirektion», sagt Kräuchi.

Für die Primarschulen sind aber die Gemeinden selbst, nicht der Kanton, verantwortlich. Die Schüler bleiben einfach ein Jahr länger, darum wisse man sehr genau, wie viel mehr Platz man benötige, erklärt der Präsident des VBLG. «Darum sehe ich das Problem nicht ganz.» Die Gefahr, dass Gemeinden überflüssigen Schulraum finanzieren, sei auch aufgrund der Finanzlage gering. «Denn die Gemeinden schwimmen nicht im Geld.» Vor allem die kleineren würden unter den zusätzlichen Lasten leiden, sagt Kräuchi.

Schon Anfang des Jahres äusserte sich der Regierungsrat zu einer ähnlichen Interpellation. Damals stellte er klar: «Grundsätzlich wird durch die Umstellung auf die dreijährige Sekundarschule kein Schulraum in kantonalen Schulhäusern frei.» Zurzeit erarbeite die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion an einer umfassenden Mehrjahresplanung, welche die Veränderungen berücksichtigt. Die Ergebnisse werden in etwa einem Monat vorliegen.